



## Landgericht Dessau-Roßlau

**Dienstgebäude**  
Willy-Lohmann-Straße 29  
06844 Dessau-Roßlau

Postanschrift:  
Landgericht, Postfach 1082, 06811 Dessau-Roßlau  
2 Qs 155 AR 14769/11 (132/13)

Herrn  
Verein "Ganzheitliche Wege e.V." VErrein "Ganz  
Coswiger Str. 7  
06886 Lutherstadt Wittenberg

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht

- ohne -

☎ Vermittlung 0340-2020  
☎ Durchwahl 0340 2021403  
Telefax 0340 2021422

**Datum** 18.10.2013

**Geschäftsnummer** (bitte stets angeben)

**2 Qs 155 AR 14769/11 (132/13)**

Sehr geehrter Herr VErrein "Ganz, ?

**in der Strafsache**

**gegen Peter Fitzek**

erhalten Sie die Anlage(n) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen  
Auf Anordnung

Jensen  
Justizangestellte

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt  
und ist ohne Unterschrift gültig.



## Landgericht Dessau-Roßlau

2 Qs 132/13

155 AR 14769/11 Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau

Rechtskräftig seit

Dessau-Roßlau, den

als Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

## Beschluss

In den Ermittlungsverfahren

gegen

Peter Fitzek,  
geboren am 12.08.1965 in Halle/Saale,  
z. Zt. unbekannten Aufenthalts,

Beschuldigter und Beschwerdeführer zu 1.),

- Verteidiger:

Rechtsanwalt Rico Schumann, Lindenstraße 24, 18465 Tribsees -

beteiligt: Verein „Ganzheitliche Wege e. V.“, Ccwiger Straße 7, 06886 Wittenberg,

Beschwerdeführer zu 2.),

- Verfahrensvertreter: Rechtsanwalt Rico Schumann, Lindenstraße 24, 18465 Tribsees -

hat die 2. Strafkammer des Landgerichts Dessau-Roßlau durch die unterzeichnenden Richter  
am 16.10.2013

### beschlossen:

1. Die Beschwerde des Vereins „Ganzheitliche Wege e. V.“ gegen den Beschluss des Amtsgerichts Dessau-Roßlau vom 05.06.2013 – 11 Gs 228/13 -, gerichtet gegen diesen Beschluss soweit mit ihm unter Ziffer 1. der Pfändungsbeschluss der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau vom 05.04.2013 (155 AR 14769/11) aufrechterhalten wurde, wird auf Kosten des Beschwerdeführers zu 2.) zurückgewiesen.
2. Auf die Beschwerde des Beschuldigten gegen den Beschluss des Amtsgerichts Dessau-Roßlau vom 05.06.2013 – 11 Gs 228/13 -, gerichtet gegen diesen Beschluss soweit mit ihm unter Ziffer 2. die Beschlagnahme der Vermögenswerte gemäß Protokoll vom 25.04.2013 zur lfd. Nr. 1. bis 16. und gemäß weiterem Protokoll vom 25.04.2013 zur lfd. Nr. 1 – Blatt 7 bis 13 Bd. V d. A. – bestätigt

wurde, wird der Beschluss des Amtsgerichts Dessau-Roßlau vom 05.06.2013 unter Ziffer 2. aufgehoben und die Sache an das Amtsgericht Dessau-Roßlau zurückverwiesen, welches insoweit auch über die Koste des Beschwerdeverfahrens entscheidet.

### Gründe:

Der Beschuldigte hat u. a. Internetseiten geschaltet, aus denen hervorgeht, dass er als eine Art private Krankenkasse die „NeuDeutsche Gesundheitskasse“ und als eine Art Bank die „Kooperationskasse“ betreibt.

Aus Mitteilungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen geht hervor, dass er weder für die „NeuDeutsche Gesundheitskasse“ noch für die „Kooperationskasse“ die erforderliche behördliche Erlaubnis besitzt.

Am 30.11.2012 erließ das Amtsgericht Dessau-Roßlau – 11 Gs 619/12, 155 AR 14769/11 Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau – u. a. folgende dingliche Arreste (auszugsweise):

### **„Beschluss**

In dem Ermittlungsverfahren

gegen

Peter Fitzek

geb. am: 12.08.1965 in Halle/Saale

wh.: Wohnsitz unbekannt

(abgemeldet am 18.03.11 in die Schweiz)

Geschäftsanschrift: Coswiger Str. 7, 06886 Lutherstadt Wittenberg

wegen

Verstoß gegen das Versicherungsaufsichtsgesetz

wird wegen der zu erwartenden Verfallsanordnung zur Sicherung der staatlichen  
Verfallsansprüche

vorläufig vertreten durch das

**Land Sachsen-Anhalt,**

vertreten durch den Generalstaatsanwalt in Naumburg,

gem. §§ 73 Abs. 1 S. 1, 4, 73a, 73b StGB i. V. m. §§ 111b Abs. 2, 111d, 111e StPO  
i. V. m. §§ 917, 923, 928, 930, 829 ZPO



der **dingliche Arrest**

in das bewegliche und unbewegliche Vermögen, sowie Forderungen und sonstige Vermögensrechte des oben genannten Beschuldigten angeordnet. Der Arrest kann bis zur Höhe von

**363.800,20 Euro**

vollzogen werden.

Durch Hinterlegung eines Geldbetrages in Höhe von 363.800,20 Euro wird die Vollziehung des Arrestes gehemmt und der Schuldner zum Antrag auf Aufhebung des vollzogenen Arrestes berechtigt.

**Gründe: ...**

#### **„Beschluss**

In dem Ermittlungsverfahren

gegen Peter Fitzek  
geb. am: 12.08.1965 in Halle/Saale  
wh.: Wohnsitz unbekannt  
(abgemeldet am 18.03.11 in die Schweiz)  
Geschäftsanschrift: Coswiger Str. 7, 06886 Lutherstadt Wittenberg

wegen Verstoß gegen das Versicherungsaufsichtsgesetz

wird wegen der zu erwartenden Verfallsanordnung zur Sicherung der staatlichen  
Verfallsansprüche

vorläufig vertreten durch das

---

**Land Sachsen-Anhalt,**

vertreten durch den Generalstaatsanwalt in Naumburg,

gem. §§ 73 Abs. 1 S. 1, 4, 73a, 73b StGB i. V. m. §§ 111b Abs. 2, 111d, 111e StPO  
/. m. §§ 917, 923, 928, 930, 829 ZPO

der **dingliche Arrest**

in das bewegliche und unbewegliche Vermögen, sowie Forderungen und sonstige Vermögensrechte des Vereins

Ganzheitlicher Wege e. V.

Vorsitzender: Peter Fitzek

Sitz: Coswiger Straße 7, 06886 Wittenberg

angeordnet. Der Arrest kann bis zur Höhe von

**174.440,34 Euro**

vollzogen werden.

Durch Hinterlegung eines Geldbetrages in Höhe von 158.903,19 Euro wird die Vollziehung des Arrestes gehemmt und der Schuldner zum Antrag auf Aufhebung des vollzogenen Arrestes berechtigt.

**Gründe:** ...“

Am 07.03.2012 wurde der Beschuldigte von Beamten des Polizeireviers in Wittenberg im Zuständigkeitsbereich dieses Reviers mit dem Pkw BMW 5-er, Fahrgestell-Nr.: WBANX91090C1145529 herumfahrend angetroffen. Da der Beschuldigte über keine gültige Fahrerlaubnis verfügte und bezüglich des Pkw kein Haftpflichtversicherungsschutz bestand, wurde der Pkw von den Polizeibeamten zum Zwecke der Gefahrenabwehr beschlagnahmt. Nach einer von den Beamten des Polizeireviers Wittenberg zu dieser Zeit eingeholten Auskunft eines ortsansässigen BMW-Autohauses liegt der Ankaufspreis für diesen Pkw bei 13.633,00 €.

Eine Staatsanwältin der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau erließ am 05.04.2013 – 155 AR 14769/11 – folgenden Pfändungsbeschluss:

## **„Pfändungsbeschluss**

In dem Ermittlungsverfahren

Peter Fitzek

geb. am: 12.08.1965

Wohnsitz unbekannt (abgemeldet am 18.03.11 in die Schweiz)

Geschäftsanschrift: Pestalozzistr. 14, 06886 Lutherstadt Wittenberg

- Schuldner -

wegen Verstoßes gegen das Versicherungsaufsichtsgesetz

wird in Vollziehung des

dinglichen Arrestes des Amtsgerichts Dessau-Roßlau vom 30.11.2012 (11 Gs 619/12)  
zu Gunsten des Landes Sachsen-Anhalt, vertreten den durch Generalstaatsanwalt  
in Naumburg

gemäß § 111f Abs. 3 S. 3 StPO i. V. m. §§ 808 ff., 928, 930 Abs. 1 ZPO

die Pfändung des Fahrzeugs des Schuldners vom Typ BMW 5-34, Fahrgestell-Nr.:  
WBANX91090C1145529, Km-Stand 180.256, angeordnet.“

Am 09.04.2013 erließ das Amtsgericht Wittenberg – 3 Gs 32/13 – folgenden Durchsuchungs-  
und Beschlagnahmebeschluss:

## **„Beschluss**

**3 Gs 32/13**

In dem Ermittlungsverfahren gegen

Peter Fitzek,

geboren am 12.08.1965 in Halle (Saale),

Wohnsitz derzeit unbekannt,

Staatsangehörigkeit: deutsch

wegen unerlaubten Betreibens von erlaubnispflichtigen Versicherungs- und  
Bankgeschäften

wird die Durchsuchung der nachfolgenden Geschäfts- und Privaträume des Betroffenen und des nicht eingetragenen Vereins „Königreich Deutschland“, sämtlich gelegen in Lutherstadt Wittenberg

- Pestalozzistraße 14,
- Coswiger Straße 7,
- Schlossstraße 29,
- Mittelstraße 7 und 53,
- Juristenstraße 11,
- Lutherstraße 32 a,
- Gartenstraße 13,
- Am Bahnhof 4 und 5,
- Heuweg 16,
- Draußgartenstraße 44,

sowie

jeweils sämtlicher Behältnisse, Nebenräume, gemieteter Schließ- und Postfächer sowie Kraftfahrzeugen und sonstigen Nebengelassen sowie der Person der dort anwesenden Organmitglieder und Beschäftigten des Vereins sowie in dessen Geschäfte einbezogenen Personen durch Bedienstete der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank angeordnet, weil aufgrund von Tatsachen zu vermuten ist, dass die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln, nämlich EDV-Daten und sonstige Beweismittel wie

- Mitgliederlisten,
- Verträge und Karteien zu Einlage- und Versicherungsprodukten,
- Schrift- und E-Mail-Verkehr mit Mitgliedern und Interessenten,
- interne Dokumente zum Ablauf der genannten Geschäfte,
- Konten und Depots zu entsprechenden Vermögenswerten,
- Verträge und Korrespondenz zwischen den Beteiligten mit anderen Unternehmen und Personen hinsichtlich solcher Geschäfte.

---

Die Beschlagnahme dieser bzw. solcher Gegenstände wird angeordnet.



### Gründe:

Der Betroffene hat den nicht eingetragenen Verein „Königreich Deutschland“ gegründet und tritt als sogenannter „oberster Souverän“ auf. Aus im Internet geschalteten Seiten, Medienberichten und Schriftverkehr mit der BaFin ergibt sich der begründete Verdacht, dass der Betroffene die Errichtung erlaubnispflichtiger Sozialversicherungen und Bankgeschäfte betreibt.

Bei dieser Sachlage ist vorbenannte Anordnung geboten und verhältnismäßig.

Die Rechtsgrundlage beruht auf §§ 44c, 1 Abs. 1 Nr. 1 KWG, § 83b VAG.“

Am 25.04.2013 wurde aufgrund des vorgenannten Beschlusses die Durchsuchung durchgeführt.

Dabei wurden an verschiedenen Stellen in verschließbaren Stahlboxen, die ähnlich einer Kasse vorbereitete und bezeichnete Fächer für die differenzierte Aufbewahrung und Zählung von Hart- und Papiergeld aufwiesen, bestimmte Mengen Hart- und Papiergeld der Euro-Zone, bestimmten Mengen Papiergeld „NeuDeutsche Mark“ sowie Edelmetalle – v. a. Silber und auch Gold – verschiedener Prägung und unterschiedlicher Gewichtseinheiten sichergestellt. Wegen der genauen Angaben zu den im Einzelnen sichergestellten Hart- und Papiergeld sowie Edelmetallen wird auf die Sicherstellungsprotokolle Blatt 7 bis 13, Bd. V d. A. verwiesen.

Mit Schriftsatz vom 13.05.2013 legte Rechtsanwalt Rico Schumann als Vertreter des Vereins „Ganzheitliche Wege e. V.“ „Rechtsmittel“ gegen den Pfändungsbeschluss ein. Zur Begründung trug er vor, nicht der Beschuldigte sei Eigentümer des Pkw sondern der vorgenannte Verein.

Da der Beschuldigte kein Einverständnis mit der Sicherstellung vom 25.04.2013 erklärt hatte, legte die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau die Akten dem Amtsgericht Dessau-Roßlau wegen des „Rechtsmittels“ gegen den Pfändungsbeschluss der Staatsanwaltschaft und zur Bestätigung der Beschlagnahme der Vermögenswerte – vgl. o. g. Sicherstellungsprotokolle vom 25.04.2013 – vor.

Mit Schreiben vom 16.05.2013 zeigte sich, unter Vorlage einer schriftlichen Vollmacht, Rechtsanwalt Rico Schumann als Verteidiger des Beschuldigten an. Er beantragte Akteneinsicht und ihm eine Stellungnahmefrist bis 2 Wochen nach erfolgter Akteneinsicht zu gewähren.



Die Akteneinsicht und ausdrücklich auch die beantragte Stellungnahmefrist wurden ihm gewährt.

Am 29.05.2013 waren die Akten jedenfalls in der vorgenannten Rechtsanwaltskanzlei.

Mit Beschluss des Amtsgerichts Dessau-Roßlau vom 05.06.2013 – 11 Gs 228/13 – wurde der Pfändungsbeschluss der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau aufrechterhalten und die Beschlagnahme aller Vermögenswerte gemäß o. g. Sicherstellungsprotokolle bestätigt. Bezüglich der Pfändung wurde der Beschluss dahingehend begründet, dass ein dinglicher Arrest ja auch gegen den Verein „Ganzheitliche Wege e. V.“ in entsprechender Höhe vorliege. Bezüglich der Beschlagnahmebestätigung beschränkt sich die Begründung auf die Mitteilung, dass die Vermögensgegenstände für das Finanzermittlungsverfahren verwertet werden können.

Mit Schreiben vom 21.06.2013 legte Rechtsanwalt Rico Schumann als Vertreter des Vereins „Ganzheitliche Wege e. V.“ „Rechtsmittel“ gegen vorgenannten Beschluss ein.

Mit weiterem Schreiben vom 21.06.2013 legte Rechtsanwalt Rico Schumann ein weiteres „Rechtsmittel“ ein, wobei sich aus der Begründung dieses Rechtsmittels ergibt, dass er sich gegen die Beschlagnahme der Vermögenswerte wendet. Er rügt u. a. ausdrücklich ein unfaires Verfahren, da mit einem eklatanten Verstoß das rechtliche Gehör versagt worden sei. Mit Schreiben vom 05.07.2013 begründete er dieses Rechtsmittel weiter. Er stellt u. a. konkret und vereinzelt dar, welche einzelnen Sicherstellungsgegenstände – gemeint die sogenannten Vermögenswerte -, welchen Personen gehören würden, die er namentlich mit Anschriften usw. benennt. Wegen der Einzelheiten hierzu wird auf den Schriftsatz vom 05.07.2013 – Blatt 114 ff., Bd. V d. A. – Bezug genommen.

Mit weiterem Schreiben vom 20.09.2013 begründete er auch das Rechtsmittel des Vereins „Ganzheitliche Wege e. V.“ gegen den Pfändungsbeschluss weiter, nämlich wiederum damit, dass der Verein Eigentümer sei und nicht der Beschuldigte.

Die Beschwerde des Vereins „Ganzheitliche Wege e. V.“ gegen den Beschluss vom 05.06.2013, mit der die Aufrechterhaltung der erfolgten Pfändung des Pkw BMW 5-er, Fahrgestell-Nr.: WBANX91090C1145529 angegriffen wird, war auf Kosten des Beschwerdeführers zu 2. zurückzuweisen.

Mit dem Rechtsmittel wurde die Pfändung des vorgenannten Pkw aufgrund des o. g. dinglichen Arrestes gegen den Beschuldigten angegriffen. Wir ein Rechtsmittel gegen eine Vollzugsmaßnahme – hier die Pfändung aufgrund eines dinglichen Arrestes – eingelegt, richtet

sich die Überprüfung des Beschwerdegerichts nach dem Grundsatz ne ultra petita auf die angegriffene Vollzugsmaßnahme (vgl. Löwe/Rosenberg-Schäfer, StPO-Kommentar, 25. Aufl., § 111 f. Rdn. 13).

Gemäß § 111d Abs. 2 StPO i. V. m. §§ 930, 928 ZPO sind die Vorschriften über die Zwangsvollstreckung entsprechend anzuwenden (vgl. auch Meyer-Goßner, StPO-Kommentar, 56. Aufl., § 111d Rdn. 12 ff.)

Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit der hier gegebenen Vollzugsmaßnahme ist gemäß § 808 Abs. 1 ZPO Gewahrsam des Schuldners. Dieser Gewahrsam des Beschuldigten als Schuldner am Pkw lag am 07.03.2013 ohne Zweifel vor, als er mit dem Pkw im Zuständigkeitsbereich des Polizeireviers Wittenberg herumfahrend angetroffen wurde. Der Beschuldigte als Schuldner hat die tatsächliche Gewalt über den Pkw ausgeübt.

Die Pfändung ist nicht deswegen rechtswidrig, wenn unter den vorgenannten Voraussetzungen – Gewahrsam des Schuldners – ein Dritter – hier der Beschwerdeführer zu 2.) - Eigentümer wäre (vgl. Zöller-Stöber, ZPO-Kommentar, 29. Aufl., § 808 Rdn. 3 m. w. N.).

Die Kostenentscheidung folgt aus § 473 Abs. 1 StPO.

Für das vorliegende Beschwerdeverfahren, mit dem ein Rechtsmittel gegen die Vollzugsmaßnahme – Pfändung – des dinglichen Arrestes geltend gemacht wurde, kann dahinstehen, ob ein dem § 771 ZPO nachgebildeter und im strafprozessualen Rechtsweg geltend gemachter Rechtsbehelf hier erfolgversprechend wäre. Da gegen den Beschwerdeführer zu 2.) selbst ein dinglicher Arrest bis zur Höhe von 178.440,34 € angeordnet ist, was den Erfolg eines solchen Rechtsbehelfs äußerst fraglich erscheinen lässt, verbot es sich jedenfalls hier für die Kammer, die Beschwerde selbsttätig weiter auch als ein dem § 771 ZPO nachgebildeten Rechtsbehelf auszulegen.

Auf die Beschwerde des Beschuldigten gegen den Beschluss vom 05.06.2013, mit der die Beschlagnahme der Vermögenswerte gemäß o. g. Sicherstellungsprotokoll vom 25.04.2013 angegriffen wird, war der Beschluss des Amtsgerichts Dessau-Roßlau vom 05.06.2013 aufzuheben und die Sache an das Amtsgericht Dessau-Roßlau zurückzuverweisen.

Das Amtsgericht hat dem Verteidiger des Beschuldigten zunächst ausdrücklich eine Stellungnahmefrist gewährt und dann, ohne den Ablauf der Frist abzuwarten oder sonst, wie dem Beschuldigten noch Gehör zu gewähren, entschieden. Dieser schwere Verfahrensverstoß zwingt zur Aufhebung und zur Zurückverweisung. Da sich die Beschlagnahme hier nach § 111b Abs. 1 StPO richtet, wird das Amtsgericht die Voraussetzungen dieser Vorschrift auch in Ansehung des Vorbringens des Beschuldigten hierzu zu prüfen haben.



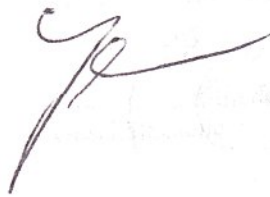
Die Beschlagnahme der Gegenstände in den Sicherstellungsprotokollen vom 25.04.2013 durfte durch die Beschwerdekammer auch nicht gemäß §§ 94, 98 Abs. 2 StPO – unabhängig von den Voraussetzungen für Verfall oder Einziehung gemäß § 111b StPO - aufrechterhalten werden.

Zwar dürfte das hier konkret gegebene Vorhandensein des in den Sicherstellungsprotokollen vom 25.04.2013 einzeln dargestellten Hart- und Papiergeldes bzw. der Edelmetalle durchaus für eine geschäftliche Aktivität i. S. d. Strafvorschriften des KWG und VAG sprechen, die Staatsanwaltschaft hat jedoch keinen Antrag auf Bestätigung der Beschlagnahme als Beweisgegenstände an das Amtsgericht Wittenberg gestellt. Ohne einen solchen Antrag darf eine Beschlagnahme schon nicht durch einen Ermittlungsrichter und damit auch nicht durch eine Beschwerdekammer erfolgen (vgl. Meyer-Goßner, a. a. O., § 98 Rdn. 4).

Kniestedt  
Richterin am Landgericht

Becker  
Richter am Landgericht

Spohn  
Richterin am Landgericht

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized 'J' or 'K' followed by a horizontal stroke.